Volksvertreter? Sch

Nationalrat schickte Initiative «Pro Service public»

An der Nationalratsdebatte zur K-Tipp-Volksinitiative «Pro Service public» konnten die Bundesbetriebe zwar nicht selber teilnehmen. Sie hatten aber ihre Sprachrohre im Ratssaal.

Parlament: Viele Nationalräte sind Interessenvertreter der Bundesbetriebe

Der Nationalrat zeigt dem Service public die kalte Schulter: Am 8. September versenkte er eine Vorlage, die die Grundversorgung mit einem Verfassungsartikel stärken wollte. Nur eine knappe Woche später versagte er auch der Volksinitiative «Pro Service public» jegliche Unterstützung.

Das Volksbegehren wurde Ende Mai 2013 vom K-Tipp und seinen Partnerzeitschriften «Saldo», «Bon à Savoir» und «Spendere Meglio» eingereicht. Es wendet sich gegen Tarifaufschläge und Serviceabbau bei den Bundesbetrieben und will auch den überbordenden Löhnen in den Chefbüros von Swisscom, SBB, Post & Co. einen Riegel schieben.

Über 30 Nationalräte traten in der Debatte zum Service public ans Rednerpult. Gebetsmühlenartig behaupteten sie immer wieder, die Initiative führe zu einer Schwächung der Bundesbetriebe, weil sie es diesen verbiete, Gewinne zu machen und Quersubventionierungen vorzunehmen. Beides trifft nicht zu:

- Von einem **Gewinnverbot** ist im Initiativtext nirgends die Rede. Nur das Streben nach möglichst hohen – von den Kunden über stetig steigende Preise finanzierten – Gewinnen soll ausgeschlossen werden. Fallen Gewinne an, müssten sie zur Bildung von Reserven und für den Ausgleich von Verlusten eingesetzt werden.

- **Quersubventionierungen** innerhalb der Betriebe – bei der Bahn etwa zwischen Güter- und Personenverkehr – verbietet der Initiativtext nicht. Es soll aber kein Geld aus der Grundversorgung in andere Verwaltungsbereiche wie Militär oder Landwirtschaft fliessen. Das stellt sicher, dass z. B. Postgewinne für die Post und Bahngewinne für die Bahn verwendet werden.

Dass das Volksbegehren im Nationalratsaal einen schweren Stand hatte, erstaunt nicht. Denn die Bundesbetriebe und ihre Interessenvertreter pflegen enge Kontakte zu zahlreichen Parlamentsmitgliedern, von denen mehrere in der Debatte das Wort ergriffen. Einige Beispiele:

- Edith Graf-Litscher (SP/TG) ist Vorstandsmitglied des Schweizerischen Verbands der Telekommunikation (Asut) – ebenso Swisscom-Chef Urs Schaeppi. Die beiden sitzen auch im Vorstand der Gesellschaft Glasfasernetz Schweiz. Weitere Mitglieder laut Website: die Nationalräte Thomas Hurter (SVP/SH), Martin Bäumle (GLP/ZH), Martin Landolt (BDP/GL), Fabio Regazzi (CVP/TI) und Viola Amherd (CVP/VS) sowie die Ständeräte Peter Bieri (CVP/ZG) und Raphaël Comte (FDP/NE).

Graf-Litscher bildet ausserdem zusammen mit Bernhard Guhl (BDP/AG), Thomas Maier (GLP/ZH), Ruedi Noser (FDP/ZH) und Natalie Rickli (SVP/ZH) das Kernteam der sogenannten ePower-Initiative. Sie will erreichen, «dass das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schweiz besser genutzt wird». Und sie ist Teil der von Nationalrat Noser präsidierten «ICT Switzerland Information & Communication Technology». Auch die Post und die Swisscom sind dabei.

Lobbyisten: Offene Türen im Bundeshaus

In der ePower-Initiative machen 34 National- und

Auf Parteischienen

Ulrich Gygi ist Präsident des SBB-Verwaltungsrats – und SP-Mitglied. Andrea Hämmerle, Peter Siegenthaler und Daniel Troillet sind SBB-Verwaltungsräte – und SP-Mitglieder. Hans Werder ist Swisscom-Verwaltungsrat – und SP-Mitglied. Peter Hasler ist Präsident des Post-Verwaltungsrats – und FDP-Mitglied. Kathrin Amacker ist Mitglied der SBB-Konzernleitung – und ehemalige CVP-Nationalrätin. Das zeigt: Der Austausch zwischen Bundesbetrieben und Politik kann auch auf Parteischienen erfolgen.

Gehören gar noch weitere Mitglieder der Verwaltungsräte und Konzernleitungen von SBB, Post und Swisscom einer politischen Partei an? Auf diese Frage verweigerten alle drei Unternehmen die Antwort.

ön wärs!

bachab

KEYSTONE

9 Ständeräte mit. Geleitet wird sie von Andreas Hugi – gemäss Website Lobbywatch.ch ist er Verwaltungsratspräsident von «Furrerhugi.Publicaffairs», einer Lobby-Agentur, die unter anderem für die Post und Swisscom arbeitet.

Weiter wirkt Edith Graf-Litscher im Vorstand des Info-Dienstes für den öffentlichen Verkehr (Litra) mit. Hier kann sie sich mit 19 Parlamentskollegen austauschen – 12 aus dem National- und 7 aus dem Ständerat. Und mit den SBB-Spitzenkadern Andreas Meyer, Jeannine Pilloud, Philippe Gauderon und Nicolas Perrin. Und mit Post-Konzernleitungsmitglied Daniel Landolf sowie mit Ueli Stückelberger, Direktor des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV).

- Martin Candinas (CVP/GR) macht im Litra-Vorstand und bei der ePower-Initiative ebenfalls mit. Auch gehört er – wie SBB-Lobbyist Bernhard Meier – zum Beirat des Schweizer Tourismusverbands, in dessen Vorstand wiederum VöV-Direktor Stückelberger zu finden ist. Und eine der zwei Zutrittskarten zum Bundeshaus, mit denen jedes Parlamentsmitglied Personen seiner Wahl beglücken darf, hat Candinas an Matthias Dietrich vergeben, seines Zeichens Leiter Politik und Internationales bei der Post.

- Auch Bernhard Guhl (BDP/AG) ist bei der ePower-Initiative dabei. Und er verschafft Stefan Kilchenmann, Leiter Public Affairs von Swisscom, Zutritt zum Bundeshaus.

- Im Litra-Vorstand und an der ePower-Initiative betätigt sich auch Jürg Grossen (GLP/BE). Er sitzt zudem im Vorstand des Verbands Swiss eMobility – ebenso wie Nationalrat Marco Romano (CVP/TI), Anne Wolf, Leiterin Nachhaltigkeit der Post, und Paul Liebrecht vom Swisscom-Geschäftsbereich Managed Mobility. Beide Unternehmen sind Mitglied bei Swiss eMobility.

- Dominique de Buman (CVP/FR) ist Präsident des Verbandes Seilbahnen Schweiz – und VöV-Direktor Ueli Stückelberger Geschäftsleiter. Die beiden treffen sich auch im Vorstand des Tourismus-Verbands, dessen Direktorin Barbara Gisi auf Einladung von de Buman Zutritt zum Bundeshaus hat.

Keine Transparenz über Parteispenden

Für Stückelberger selber stehen die Bundeshauspforten ebenfalls offen: Er besitzt eine Zutrittskarte durch Karl Vogler (CSP/OW). Stefan Nünlist wiederum, Leiter der Swisscom-Unternehmenskommunikation, kann dank Lorenz Hess (BDP/BE) im Bundeshaus wirken – und Post-Lobbyist François Tissot-Daguette dank Lucrezia Meier-Schatz (CVP/SG).

Bereits diese Beispiele zeigen: Der Wege sind viele, wenn es für die Bundesbetriebe darum geht, sich auf politischem Parkett Gehör zu verschaffen. SBB, Post und Swisscom sagen aber, dass sie die Parteien nicht mit Spenden unterstützen würden.

Pikant: Vor knapp drei Jahren wollte der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder unter anderem die Bundesbetriebe verpflichten, in der Jahresrechnung «alle Zuwendungen an politische Akteure» wie Parteien, Verbände und Abstimmungskomitees offenzulegen. Sein Vorstoss war im Parlament chancenlos. Gery Schwager

SERVICE PUBLIC

Peter Salvisberg

Das letzte Wort hat das Volk

Bundesrätin Doris Leuthard tat mir leid. Volle drei Stunden sass sie im Nationalrat und musste sich 34 Reden zur Initiative «Pro Service public» anhören. Eine Diskussion war es nicht. Denn alle Parteien waren sich schon vorher einig: Was über 125 000 Unterzeichner aus der Bevölkerung befürworten, ist egal.

Kein Wunder: Absender war keine im Parlament vertretene Partei, sondern das Volk. Also die Kunden jener Bundesunternehmen, für die das Parlament verantwortlich ist. Haben Kunden Wünsche zu Qualität und Preis, hört ein guter Unternehmer hin. Politiker hingegen reagieren mit Nichtbeachtung: Nein zu Pro Service public. In der Woche zuvor hatte der Nationalrat zudem einen Verfassungsartikel beerdigt, der eine minimale Grundversorgung der Bevölkerung festschreiben wollte.

Vielleicht hat Bundesrätin Leuthard die langweiligen Stunden im Nationalrat dazu genutzt, ihre Gedanken schweifen zu lassen. Ist es richtig, zur Erhöhung des Gewinns Hunderte von Poststellen zu schliessen und Tausende von Briefkästen zu entfernen? Sollen Bahnpassagiere tatsächlich immer häufiger stehen müssen – bei ständig steigenden Billettpreisen? Ist es zu rechtfertigen, dass der Goldesel Swisscom weiterhin überrissene Roaminggebühren kassiert?

Vielleicht hat sie sich aber am Politbetrieb nur etwas amüsiert. Sie kennt ja die Spielregeln: Gibst du mir, geb ich dir. Wer wie die Parlamentarier ein GA der 1. Klasse gratis erhält, muss sich nicht um steigende Bahnpreise kümmern. Wer für seine Klientel in Bern möglichst viel Geld herausholen will, den stört es nicht, dass pro Jahr rund 1,3 Milliarden Franken aus den Bundesbetrieben in die Bundes- und Kantonskassen fliessen – nichts anderes als verkappte Steuern aus überhöhten Gebühren.

Aber vielleicht stört sich die Bevölkerung daran. Sie wird das letzte Wort haben. Dank den 125 000 Unterzeichnern der Initiative.